

Nicht „überreden“, sondern überzeugen!

Als vor kurzem in der Mitgliederversammlung einer APO im VEB Waggonbau Gotha über die politische Massenarbeit gesprochen wurde, bat ein Genosse um eine Begründung, warum die westdeutschen und Westberliner Besucher, die zu uns kommen, fünf bzw. drei Mark Umtauschen müssen. Im Wohngebiet habe man ihm die Frage gestellt, und er hätte darauf keine Antwort geben können. Darauf erklärte ein Leitungsmitglied: Genosse B., wenn du die Presse aufmerksam verfolgst hättest und unsere Argumentation besser studieren würdest, brauchtest du hier nicht so zu fragen. Aber einigen Versammlungsteilnehmern gefiel der „Zeigefinger“ nicht. Es wurde die Probe aufs Exempel gemacht, und siehe da — nur e i n e r konnte die

Frage des Genossen erschöpfend beantworten.

Diese Geschichte wurde auf einem Seminar erzählt, das vom Sekretariat der Bezirksleitung Erfurt mit Parteisekretären aus den Großbetrieben durchgeführt wurde. Ein anderer Parteisekretär sagte daraufhin nachdenklich: Ja, wir machen wohl alle mal solche Fehler; auch mir ist es schon passiert, daß ich einem Genossen, der Unklarheiten zeigte, gesagt habe: „Na, das klingt mir aber sehr nach Westfunk.“ In diesem Seminar ging es in erster Linie um die schnellere und bessere Durchführung des Wettbewerbs. Aber diese am Rande erwähnte Episode wirft eigentlich das ganze Problem der politischen Massenarbeit der Partei auf. Warum?

die Bedeutung inhaltsreicher Mitgliederversammlungen, wo die Genossen Antwort auf ihre Fragen erhalten, an erster Stelle. Hier ist der Platz, wo dem schöpferischen Meinungsstreit zur erfolgreichen Durchführung der Parteibeschlüsse der größte Raum gegeben werden muß. Niemals darf zugelassen werden, „daß Mitglieder der Partei auf berechnete Fragen und kritische Hinweise unqualifizierte Antworten erhalten und vor den Kopf gestoßen werden.“

Ein Genosse, der den Auftrag hatte, zur Einleitung des genannten Seminars ein Kurzreferat über die Methoden der politischen Massenarbeit seiner Parteio rganisation bei der Unterstützung des sozialistischen Wettbewerbs zu halten, berichtete u. a. darüber, daß einigen Genossen — es handelt sich um mittlere Wirtschaftskader — Parteistrafen wegen Inaktivität ausgesprochen wurden. Wir können ohne nähere Untersuchung nicht beurteilen, ob das der richtige Weg ist oder ob der Parteileitung nach langen Bemühungen der Geduldssaden gerissen ist. Aber eines müßte klar sein: Bevor eine Parteileitung sich zu solchen weitgehenden Maßnahmen entschließt, ist es notwendig, genau zu prüfen, ob Inaktivität oder Zurückweichen vor Auseinandersetzungen nicht in Unklarheiten über Grundfragen oder in oberflächlicher Durcharbeitung von Parteibeschlüssen begründet liegen, so daß die betreffenden Genossen sich nicht in der Lage fühlen, auf spezifische Fragen der Werktätigen zu antworten.

„Die systematische Erläuterung der Zusammenhänge in der

„Heiße Eisen“ in die Mitgliederversammlung

In keinem Referat eines Genossen, das nach dem 7. • Plenum gehalten wurde, fehlt wohl die Forderung auf die Wende in der politisch-ideologischen Arbeit. Aber viele Parteileitungen machen sich gleichzeitig zu wenig Gedanken darüber, daß diese Wende auch in der Gestaltung der Mitgliederversammlungen vollzogen werden muß. Hier sollen die Mitglieder und Kandidaten für die Überzeugungsarbeit unter den Werktätigen ausgerüstet werden. Hier muß eine qualifizierte Beratung über die Grundfragen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, über die Strategie und Taktik der Partei zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der nationalen Frage erfolgen.

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß ein Genosse, der mit einer komplizierten politischen oder ökonomischen Frage nicht zurechtkommt, zu seinem Parteisekretär geht oder sich an die Mitgliederversammlung damit wendet und daß er auch eine Antwort erwarten darf. Es ist aber auch verständlich, daß er sich hüten wird, wieder eine Frage zu stellen, wenn er eine überhebliche Antwort bekommt oder wenn seine Frage als ideologische Unklarheit, als Einfluß gegnerischer Propaganda o. ä. klassifiziert wird. Im Beschluß des Politbüros vom 23. Februar „Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen“*) steht

*) „Neuer Weg“ Nr. 7